

Beschluss

Modern, effizient, bürgernah: Verwaltung, Finanzen, Kommunales

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 **Verwaltung modernisieren**

2 Die Landespolitik hat es bisher versäumt, die Verwaltung modern aufzustellen und auszustatten und
3 Verwaltungshandeln transparenter zu gestalten. Wir wollen die Verwaltung fit für den demographischen
4 Wandel machen und modernisieren. Starke Gemeinden und Verbandsgemeinden sollen in Zukunft das
5 Eingangstor zur gesamten Kommunalverwaltung sein, also auch für Angebote der Kreisverwaltung. Beim
6 neu eingeführten Mitverwaltungsmodell, bei dem eine Gemeinde durch eine andere mitverwaltet wird,
7 sehen wir erhebliche Legitimationsprobleme und lehnen es daher ab. Gemeinsam mit den neuen Chancen
8 des E-Government wollen wir so eine möglichst wohnortnahe Verwaltung aus einer Hand schaffen – mit
9 kurzen Wegen für die Bürger*innen. Der Gang zum Amt wird damit in den meisten Fällen überflüssig.
10 Darüber hinaus wird Verwaltungshandeln insgesamt schneller, kostengünstiger und transparenter. Die
11 anstehende Digitalisierung von immer mehr Verwaltungsvorgängen wollen wir nutzen, um die Transparenz
12 zu stärken. Im

13 Rahmen eines Transparenzgesetzes wollen wir ein zentrales Datenportal einrichten, in welchem alle
14 nicht-personenbezogenen oder als vertraulich eingestuft Informationen für alle Bürgerinnen und Bürger
15 öffentlich abrufbar sind (Open Data-Portal). Bei der Modernisierung der Verwaltung sind für uns
16 Barrierefreiheit, Informationssicherheit und Datenschutz zwingende Voraussetzungen.

17 Die Verwaltungsstrukturen im Land wollen wir langfristig so ordnen, dass die staatlichen Aufgaben auf
18 allen Ebenen dauerhaft finanzierbar bleiben. Wichtig ist uns hierbei, dass die kulturelle Identität der
19 kleineren Städte und Dörfer erhalten bleibt und gefördert wird. Zwangsfusionen von Gemeinden sind nicht
20 nötig und werden von uns abgelehnt. Freiwillige Zusammenschlüsse wollen wir auch weiterhin
21 unterstützen. Perspektivisch wollen wir alle Ämter zur brandenburgischen Verbandsgemeinde
22 weiterentwickeln, mit direkt gewählten Bürgermeister*innen und Verbandsgemeindevertretungen. Deutlich
23 ausweiten wollen wir die demokratischen Mitbestimmungsrechte und Mitwirkungsmöglichkeiten der
24 Bürger*innen. Mit Berlin wollen wir die Zusammenarbeit deutlich ausweiten. Während das gemeinsame
25 Tarifgebiet des VBB oder der Rundfunk Berlin-Brandenburg gute Beispiele der Zusammenarbeit abgeben,
26 gibt es in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und Energie Nachholbedarf. Ein gemeinsames Bundesland
27 Brandenburg-

28 Berlin sehen wir grundsätzlich positiv, dieses kann es aber nur geben, wenn die Bevölkerung beider Länder
29 in einem Volksentscheid die Fusion befürwortet. Voraussetzung ist, dass die zentralen Fragen - wie der
30 Umgang mit der milliarden schweren Verschuldung beider Länder – vorab geklärt sind.

31 **Nachhaltige Haushaltspolitik betreiben**

32 Die gute Konjunktur der letzten Jahre wirkt sich auch auf die Einnahmen der öffentlichen Haushalte
33 insgesamt sehr positiv aus. Alleine für den Landeshaushalt Brandenburg wird für 2020 ein
34 Steuereinnahmenplus von mehr als einer Milliarde Euro gegenüber 2017 veranschlagt. Seit 2010 wurden

35 keine neuen Schulden gemacht. Durch unerwartete Haushaltsüberschüsse konnte die Verschuldung zudem
36 auf unter 18 Milliarden Euro leicht gesenkt und Rücklagen von über einer Milliarde Euro aufgebaut
37 werden. Die Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundeszuweisungen werden absehbar
38 weiter steigen. Während für 2017 noch 8,5 Milliarden Euro eingeplant wurden, wird dieser Betrag 2020 die
39 10 Milliarden-Grenze übersteigen.

40 Dies ist jedoch nur eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite steht, dass die Landesregierung in den
41 letzten Jahren nicht einmal den Werteverzehr bzw. die Abnutzung an der öffentlichen Infrastruktur ersetzt
42 hat. Zugleich wurde durch jahrelangen massiven Personalabbau in Verwaltung, Polizei und Justiz des
43 Landes deren Funktionieren gefährdet. Unverändert bedrohen Risiken wie langfristig wieder steigende
44 Kreditzinsen oder die rapide anwachsenden Pensionslasten zukünftige Haushalte. Immer noch steht jede
45 fünfte Kommune unter Haushaltsaufsicht, d.h. deren Einnahmen decken die Ausgaben auch bei
46 sparsamster Haushaltsführung nicht und Rücklagen sind nicht vorhanden. Ohne Finanzhilfen des Landes
47 und einer Neuausrichtung des Kommunalen Finanzausgleichs werden sie nie auf einen grünen Zweig
48 kommen. Die Sicherstellung der hohen Rekultivierungskosten der Braunkohletagebaue bergen genauso
49 wie mögliche Folgekosten für den künftigen Flughafen BER weitere finanzielle Risiken für den
50 Landeshaushalt.

51 Auf der Ausgabenseite zeigt sich, dass die Ausgaben für Konsum und Verbrauch immer stärker ansteigen, die
52 Investitionsquote dagegen seit Jahren sinkt. Öffentliche Investitionen, ein guter Zustand der Verkehrswege,
53 der Grad der Digitalisierung und eine hohe Qualität der Bildungseinrichtungen sind aber wesentlich um
54 die finanziellen Möglichkeiten des Landes auch morgen sicherzustellen oder auszuweiten. Zugleich steigen
55 die Ausgaben für Personal, Pensionszahlungen und eingegangene Versorgungsverpflichtungen. Unser
56 Vorschlag, die durch Verbeamtungen eingesparten Rentenversicherungsbeiträge zur Pensionsvorsorge in
57 die Schuldentilgung zu stecken wurde von der Landesregierung abgelehnt.

58 Vor dem Hintergrund einer wirtschaftlich wachsenden Hauptstadtregion und eines dauerhaft höheren
59 Haushaltsrahmens können jetzt die Chancen viel stärker genutzt werden, um den sich abzeichnenden
60 Risiken in der Zukunft erfolgreich begegnen zu können, ohne das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts zu
61 gefährden. Wir wollen mehr Mittel für Qualitätsverbesserungen und den Einstieg in die Beitragsfreiheit bei
62 der Kinderbetreuung, für Bildung, Umwelt und Justiz zur Verfügung stellen. Zugleich benötigen wir deutlich
63 mehr Investitionen in den Öffentlichen Nahverkehr und den Breitbandausbau. Die Kommunen in
64 Brandenburg müssen ihre volle finanzielle Souveränität erlangen und im Berliner Umland das Wachstum
65 meistern können. Um den Werteverzehr im Landeshaushalt transparent zu machen und die langfristige
66 Entwicklung des öffentlichen Vermögens deutlicher darzustellen, wollen wir genauso wie im kommunalen
67 Bereich auch in der Landesverwaltung die Kameralistik durch die doppische Buchführung ablösen. Als
68 einen ersten Schritt werden wir dafür zunächst das Landesvermögen inventarisieren. Ziel ist aber ein
69 kultureller Wandel, der den Fokus auf die langfristigen Auswirkungen administrativer und politischer
70 Entscheidungen legt. Sollte es zu Privatisierungen von landesweiter Bedeutung kommen, wollen wir dafür
71 eine Zwei-Drittel-Mehrheit vorschreiben.

72 Auch die Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung unterstützen wir, uns ist es aber auch wichtig,
73 die Tilgung der Altschulden nach klaren Regeln voranzutreiben. Die Gelder im Pensionsfonds des Landes
74 wollen wir nachhaltig anlegen. Um transparent zu machen, wie die Geschlechter von den Ausgaben des
75 Landes profitieren, wollen wir wie in Berlin die Auswirkungen der Mittelverwendung auf diese erkennbar
76 machen ("Genderbudgeting").

77 **Brandenburgs Kommunen auskömmlich finanzieren**

78 Brandenburgs Kommunen erbringen täglich enorme Leistungen für die Dinge, die das Leben der Menschen
79 vor Ort lebenswert machen: gute Kitas und Schulen, sauberes Trinkwasser, Müllbeseitigung, gepflegte
80 Grünanlagen, Gesundheitsversorgung, die Gemeindebücherei, schnelles Internet, der Bus vom Dorf in die
81 nächste Stadt und vieles mehr. All das sind Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge, die unsere Städte,
82 Gemeinden, Dörfer und Landkreise auch in Zukunft zuverlässig erbringen sollen. Die kommunale
83 Finanzkraft ostdeutscher Kommunen lag 2016 jedoch nur bei durchschnittlich 56 Prozent der

84 West-Kommunen. Dazu kommen die unterschiedlichen Entwicklungen der Kommunen innerhalb
85 Brandenburgs, auf die die Kommunen nur wenig Einfluss haben. Derzeit befinden sich rund 20 Prozent der
86 brandenburgischen Kommunen in der Haushaltssicherung, d.h. die Einnahmen decken die Ausgaben auch
87 bei sparsamster Haushaltsführung nicht und Rücklagen stehen nicht zur Verfügung. Hinzu kommen
88 kommunale Kassenkredite von
89 knapp 750 Millionen Euro. Die rot-rote Landesregierung will das Problem mit einer höheren Verbundquote
90 (Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen des Landes) lindern und hat angekündigt, den
91 Sozillastenausgleich von 20 auf 60 Millionen Euro zu erhöhen. Letzteres ist bei einer Gesamtsumme von
92 zwei Milliarden Euro aber viel zu wenig; der Ausgleich zwischen ärmeren und reicheren Kommunen kann
93 mit beiden Maßnahmen alleine nicht gelingen. Hinzu kommt eine angestrebte Teilentschuldung der
94 Kommunen mit besonders hohen Kassenkrediten, die wir für unzureichend halten. Wir wollen die
95 kommunale Ebene dauerhaft besser finanzieren, indem wir nach dem Vorbild Thüringens den Anteil der
96 Kommunen an den Steuereinnahmen über einen Bedarfsansatz ermitteln, die Ausgleichsmechanismen
97 zwischen armen und reichen Kommunen stärken und an Stelle der sogenannten Einwohnerveredelung den
98 Fokus auf die Zentrums- bzw. Dienstleistungsfunktion für das Umland setzen. Der Bedarf der Kommunen
99 für die Sanierung von
100 Altlasten, wie bspw. die systematische Kampfmittelsuche in Oranienburg, soll ebenfalls bei der Verteilung
101 berücksichtigt werden. Mit einer solchen nachhaltigen Finanzausstattung der Kommunen wollen wir die
102 kommunale Selbstverwaltung wieder mit Inhalt füllen, die nötigen Finanzmittel für freiwillige Leistungen
103 sicherstellen und damit die Kommunen als Basis unseres föderalen Staates stärken.